

Heinz Gärtner

1.1 Internationale Friedensarchitektur

Der Begriff „Friedensarchitektur“ ist irreführend. Frieden lässt sich nicht bauen wie ein Gebäude. Er ist ein Prozess. Wenn Frieden in einem internationalen System dann besteht, „wenn die in ihm ablaufenden Konflikte kontinuierlich ohne die Anwendung organisierter militärischer Gewalt bearbeitet werden,“ (Czempiel 1998, 45) dann ist Friede ein ständiges Handeln in bestimmten Strukturen. Die Strukturen, die den Handlungsrahmen vorgeben, können modellhaft auf drei Analyseebenen, der

1. systemischen,
 2. staatlichen und
 3. substaatlichen
- dargestellt werden.

Systemische Ebene

Während des Kalten Krieges bestimmte die **Bipolarität** die Struktur. Die Bipolarität wurde abgesichert durch die Existenz nuklearer Abschreckung. Als sich nach Ende des Kalten Krieges die Bipolarität auflöste, befürchteten einige Beobachter neue militärische Konflikte zwischen europäischen Großmächten, da sie multipolare Strukturen als kriegsanfälliger ansahen als bipolare (Mearsheimer 1990). Im Gegensatz zu den Argumenten der Friedens- und anti-Nuklearbewegung der achtziger Jahre schlugen sie vor, dass alle größeren Staaten Nuklearwaffen besitzen sollten, damit zumindest die Nuklearabschreckung erhalten bleibt. Diese Voraussagen erwiesen sich mit Ausnahme von Jugoslawien, das tatsächlich durch die Klammer der Bipolarität zusammengehalten worden war, als unrichtig.

Darüber, ob **multipolare Strukturen** friedlicher sind als bipolare gibt es keine Klarheit. In der Theoriediskussion werden gegensätzliche Argumente angeführt. Unter Multipolarität würden die Akteure vorsichtiger handeln, während Bipolarität zu Konfrontation und Aufrüstung führt, sagen die einen, Bipolarität sei übersichtlicher und unter Multipolarität gäbe es mehr Konfliktlinien sagen die anderen. Das Beispiel des Fünfmächtekonzerts mit mehreren Polen im 19. Jahrhundert kann für beide Seiten ins Treffen geführt werden. Es hat von 1815 bis zur Mitte des Jahrhunderts den Frieden erhalten. Krimkrieg, österreichisch-deutscher Krieg, deutsch-französischer Krieg setzten der komplizierten Balance ein Ende. Die Multipolarität war ein weiteres Jahrhundert friedlich. Diese Periode wurde dann durch den Ausbruch des ersten Weltkrieges beendet. Vor dem zweiten Weltkrieg war die Welt multipolar, der darauf folgende Kalte Krieg bipolar. In der Geschichte haben bipolare Strukturen aber Kriege nicht immer verhindert, wie etwa Athen und Sparta im peloponnesischen Krieg oder Rom und Karthago im punischen Krieg.

Charles Krauthammer (1990/91) hat bereits zu Beginn der neunziger Jahre von einem „*unipolar moment*“ gesprochen. Nicht multipolare Strukturen sondern eine **Unipolarität** der USA würden sich herausbilden. Die USA hätten nach dem Ende der Sowjetunion eine militärisch, ökonomisch und kulturell dominante Position eingenommen. Was bedeutet das für den Frieden? Die Theorie der **hegemonialen Stabilität** nimmt auf der Basis historischer Erfahrungen an, dass Hegemonialmächte den Frieden am besten sichern können. Diese sollen

nicht aggressiv und autoritär, sondern „wohlwollend“ sein. Die USA nach Ende des Kalten Krieges entsprechen dieser Vorstellung besser als jede andere Macht in der Geschichte.

Vertreter der realistischen Schule nehmen an, dass solche Hegemonialpositionen nur von begrenzter Dauer sind. Deshalb spricht Krauthammer von einem „unipolar *moment*.“ Andere große Mächte würden versuchen, ein Gleichgewicht der Mächte herzustellen. Abgesehen davon, dass die Theorie des Mächtegleichgewichts in der Geschichte nur in Einzelfällen zutrifft, nehmen die USA zu Beginn des neuen Jahrtausends eine unanfechtbare Stellung ein. Herausforderer sind weit und breit nicht in Sicht. Selbst wenn Intentionen vorhanden wären, die Kapazitäten sind es nicht. Vergleicht man die USA im 21. Jahrhundert mit Großbritannien des 19. Jahrhunderts, das als Beispiel einer historischen Hegemonialmacht gilt, so hatten die USA damals bereits ein ähnlich großes Bruttoinlandsprodukt pro Kopf wie Großbritannien und Russland ähnlich hohe Rüstungsausgaben. Großbritannien hatte also keine Monopolstellung in jedem einzelnen Bereich, war aber insgesamt die führende Großmacht.

Anfang des 21. Jahrhunderts stehen die USA hingegen ökonomisch und militärisch unangefochten an der Spitze der Weltmächte. Zwischen 1990 und 1998 wuchs die amerikanische Wirtschaft (27 %) zweimal so stark wie die der EU (15 %) und dreimal so stark wie die Japans (9 %). Die USA werden 2002 mit 330 Mrd. Dollar jährlich mehr für Rüstung ausgeben als die nächsten zehn Staaten gemeinsam. Russlands Ausgaben nehmen sich im Vergleich mit 10 Mrd. ziemlich bescheiden aus. Der Anteil der USA und ihrer Verbündeten an den weltweiten Rüstungsausgaben sind 80 %, der der möglichen Feinde, Russland und China miteingeschlossen, 18 %. Außerdem sind Russlands Wirtschaft und Militär in einem desaströsen Zustand. Russland wurde trotz des Besitzes von Nuklearwaffen von einer Weltmacht zu einer Regionalmacht.

Ein Zwillingsbruder der Theorie der hegemonialen Stabilität ist die der **Hegemoniezyklen**. Herausforderer würden der dominanten Macht periodisch diese Position streitig machen, um diese – auch mit Krieg – abzulösen, wie etwa die Angriffe Ludwig XIV. auf Großbritannien und die Niederlande Ende des 18. Jahrhunderts und Napoleons auf Großbritannien Ende des 19. Jahrhunderts zeigen. Paul Kennedy (1987) hatte Ende der 80er mit seinem Buch über den Aufstieg und Fall von Großmächten im amerikanischen Kongress große Aufregung ausgelöst, weil man annahm, dass die USA ein ähnliches Schicksal erfahren könnten.

Hegemonialmächte wollen eine solche Entwicklung verständlicherweise frühzeitig verhindern. 1945 war nicht nur Ende des II. Weltkrieges, sondern auch Beginn des Kalten Krieges. Bereits Mitte 1945 begann sich US-Präsident Harry Truman Sorgen über eine potentiell stärker werdende Sowjetunion zu machen. Er entschied sich für eine harte Politik des *containment*. Er tat es nicht, weil er Stalin als Feind sah – ganz im Gegenteil, er kam „mit ihm sehr gut aus.“ Der Grund war die Unsicherheit über künftige Entwicklungen. Zu dieser Zeit lag der Anteil der USA an der Weltproduktion bei 50 und der an den Weltexporten bei 30 %. Luftwaffe und Marine konnten weltweit eingesetzt werden. Die USA hatten weltweit den höchsten Lebensstandard. Die USA besaßen zudem die A-Bombe. Das Joint Intelligence Committee (JIC) schätzte, dass die sowjetische Wirtschaft bis 1951 keinen größeren Krieg unterhalten könne, aber die wirtschaftlichen und militärischen Fähigkeiten würden sich mit der Zeit dramatisch verbessern. So beschloss die Truman Administration frühzeitig zu handeln. Die Konsequenz war die Politik der Eindämmung und der Rüstungswettlauf des Kalten Krieges.

China ist eine Regionalmacht, könnte sich aber, sollten seine Wachstumsraten anhalten, in den nächsten Jahrzehnten zu einer Weltmacht entwickeln. Sollte sich die Wirtschaftsmacht in

Militärmacht umsetzen, könnte für die USA ein Sicherheitsproblem entstehen. China ist nicht eine aktuelle Gefahr, es ist aber die Unsicherheit über die künftige Entwicklung, die die derzeitige US-Administration zu einer härteren Haltung gegenüber China veranlasst. Waffenlieferungen an Taiwan, die mögliche Einbeziehung Taiwans in ein amerikanisches Raketenabwehrschild, und die Affäre um das Aufklärungsflugzeug sind Anlässe, um Stärke und Selbstbewusstsein zu demonstrieren. China ist in vielerlei Hinsicht aber noch immer ein Entwicklungsland: Achtzig Prozent der Bevölkerung arbeiten in der Landwirtschaft und China ist sowohl im zivilen als auch im militärischen Bereich technologisch rückständig. Chinas Armee besteht vorwiegend aus Bodentruppen und hat keine Fähigkeiten, global zu agieren. Die erhöhten Militärausgaben sind vor allem auf Gehälter und Lebenshaltungskosten zurückzuführen. Die Anzahl der strategischen Nuklearwaffen Chinas ist mit 20 gegenüber 6000 der USA gering.

Den USA geht es nicht darum, die Welt zu dominieren. Die ist selbst für die USA zu groß. Es geht ihr darum, keinen Rivalen aufkommen zu lassen. Dazu gibt es verschiedene Methoden. Entweder können militärische Kapazitäten erhöht oder Bedrohungen durch multilaterale Kooperationsformen reduziert werden. Die Administration Bush scheint derzeit auf die erste Variante zu setzen. „Die Geschichte zeigt, dass Schwäche provoziert,“ sagte Verteidigungsminister Rumsfeld in einer ersten Stellungnahme, „und Schwäche lädt zu Handlungen ein, die sonst unterlassen (werden) würden.“ 330 Mrd. Dollar deuten jedoch nicht gerade auf Schwäche hin.

Zudem versuchen die USA regionale Machtkonzentrationen zu verhindern und unterstützen meistens die schwächere Seite, um ein Gleichgewicht herzustellen. Die USA stellten sich gegen den Irak zugunsten der schwächeren Nachbarn. Sie versuchen China einzudämmen, damit es nicht u.a. Taiwan, Südkorea oder Vietnam dominiert. Sie stellten sich auf die Seite der bosnischen Moslems und die kosovarischen Albaner gegen die für diese bedrohlichen Serben (Krauthammer 2001).

Das **geplante Raketenabwehrschild** soll angeblich Schutz gegen Angriffe von unberechenbaren Staaten wie Nordkorea, Iran und Irak bieten. Schon die Administration Nixon wollte der Welt ein Raketenabwehrschild „legen der chinesischen und nicht der sowjetischen Bedrohung“ (Kissinger 1979, 7) verkaufen.

Ein Raketenabwehrsystem würde aber die unipolare Position der USA rüstungspolitisch absichern. Die USA könnten überall intervenieren, ohne ernste Konsequenzen befürchten zu müssen. (Die Gefahr von Terroranschlägen bleibt natürlich.) Damit würde der 1972 unterzeichnete Anti-Ballistic Missile (ABM) Vertrag über das Verbot der Stationierung von Abschussvorrichtungen ballistischer Raketen verletzt werden. Dieser Vertrag ist ein Symbol der Bipolarität sowie der Rüstungskontrolle überhaupt. Durch eine solche Stationierung würde das Prinzip der gegenseitigen Abschreckung durch potentielle Gegenschläge außer Kraft gesetzt werden. Bush hatte noch im Wahlkampf im Herbst 2000 angekündigt, dieses System überwinden zu wollen. Tatsächlich passt es nicht mehr in eine Zeit der unipolaren Stellung der USA.

Vorerst schien es, als wolle die Administration Bush Abschreckung durch Abwehr ersetzen. Dieses System gegenseitiger Zerstörung (Mutually Assured Destruction – MAD) sei unmoralisch und sein Scheitern würde apokalyptische Auswirkungen haben. Es beruhe auf der historisch irrigen Annahme, dass Verwundbarkeit nicht nur des Militärs, sondern insbesondere der Zivilbevölkerung zu Frieden, und Unverwundbarkeit zum Kriegsrisiko beitragen würde. Es sind das Argumente wie sie seit den siebziger Jahren von der

Friedensbewegung vorgebracht wurden. Henry Kissinger, der sich dieser Auffassung der Administration Bush anschloss, fragt auch, wie denn ein solches System glaubwürdig von demokratischen Staaten implementiert werden könne (Kissinger 2001, 63-70). Kissinger hat seine Meinung nicht geändert. Er hatte sie tatsächlich schon in der Administration Nixon vertreten (Kissinger 1981, 268-285). Kissinger hat aber auch selbst die Abschreckungstheorie mitgeformt und implementiert, und argumentiert, dass „Atomwaffen zur längsten Friedensperiode der Geschichte“ geführt haben und ihre Stigmatisierung Kapitulation bedeutet hätte (Kissinger 1981, 256-288 und 1984, 217-218). Kissinger hat zwei sich theoretisch ausschließende Alternativen vertreten – die aber wahrscheinlich beide zutreffen und wahr sind.

Ein reines Abwehrkonzept stieß in der Administration Bush aber von Beginn auf Widerstand der Vereinigten Stabschefs. Verteidigungsminister Donald Rumsfeld stellte bald nach seinem Amtsantritt klar: Es geht sowohl um Abschreckung als auch um Abwehr. Glaubwürdige Abschreckung könne nicht mehr allein auf der Androhung von massiver Vergeltung beruhen. „Sie muss auf einer Kombination von offensiven nuklearen und nicht-nuklearen Kapazitäten beruhen, die gleichzeitig einen potentiellen Gegner die Gelegenheit und den Vorteil verwehrt, unser Territorium und unsere Streitkräfte mit Massenvernichtungswaffen zu bedrohen oder anzugreifen.“ Die USA wollen also Abschreckung durch Abwehr verstärken. Karl von Clausewitz (1833, 1999) hatte überzeugend formuliert, dass Überlegenheit nur durch Angriffs- und Verteidigungsfähigkeit erreicht werden kann: Verteidigung ist die stärkere Form des Kriegführens. Ein Angriff ohne Beimischung von Verteidigung kann nicht sein. Ein Krieg bloß zum Abwehren ist widersinnig.

Die Kombination von nuklearen strategischen Offensivwaffen und Abwehrwaffen würde den USA – sollte es je funktionieren – Erstschlagsfähigkeit und gleichzeitig Unverwundbarkeit verleihen. Die Mischung zwischen Anzahl der Offensivwaffen und Art des Abwehrschildes (gegen welche Raketen) wird die Diskussion der nächsten Jahre bestimmen.

Staatliche Ebene

In der Tradition des **Realismus** steht die Annahme, dass Kriege zwischen Staaten aus der Struktur der internationalen Anarchie, dem Machtstreben und dem Überlebenswillen von Staaten entstehen. Anarchie bedeutet, dass es keine übergeordnete Autorität über den Staaten gibt und dass es daher immer wieder zu Krieg kommen kann, wie es zu regnen beginnen kann. Die Kriege zwischen Staaten haben auch in den letzten Jahrhunderte bis zum zweiten Weltkrieg dominiert. Daher versuchen die meisten Friedensstrategien Kriege zwischen Staaten zu verhindern.

Nach Deutsch (1968, 272-288) sind **pluralistischen Sicherheitsgemeinschaften** geeignet, das Instrument des Krieges zwischen Mitgliedsstaaten abzuschaffen. Eine Sicherheitsgemeinschaft bedeutet nicht nur die Abwesenheit von Krieg, sondern, was noch wichtiger ist, die Abwesenheit einer militärischen Option in den Interaktionen zwischen den Staaten innerhalb einer Sicherheitsgemeinschaft. Für die Existenz von pluralistischen Sicherheitsgemeinschaften genügen drei Hauptvoraussetzungen: 1. Vereinbarkeit der wichtigsten politischen Werte, 2. schnelle, angemessene und gewaltlose Reaktionen auf Aktionen der Partner, 3. relevante Aspekte des Verhaltens müssen berechenbar sein. Für diese Art von Sicherheitsgemeinschaften sind keine besonders entwickelten strategischen Verbindungen oder Bündnisse erforderlich. Es gibt aber formelle und informelle Übereinkünfte, Konflikte nicht durch Krieg zu lösen. Das bedeutet keineswegs, dass die Staaten nicht weiterhin

Differenzen und eigene Interessen, die auch durch unterschiedliche materielle Ressourcen verfolgt werden können, haben.

Die Theorie vom **demokratischen Frieden** kann als Fortsetzung der pluralistischen Sicherheitsgemeinschaften angesehen werden, der sie mit Inhalt füllt. In dieser Theorie ist die demokratische Verfasstheit von Staaten (unabhängige Variable) die Grundlage für Frieden, da entwickelte Demokratien dazu tendieren, gegeneinander keine Kriege zu führen. Die theoretischen Begründungen sind allerdings vielfältig, und keine voll überzeugend (u.v.a. Russett 1993). Die meisten Autoren greifen zur Erklärung auf Kants Schrift „Zum ewigen Frieden“ zurück. Elemente der Erklärung sind: Freiheit und gesetzliche Gleichheit der Bürger, repräsentative Regierung, Gewaltenteilung, Achtung internationalen Rechts, internationaler Handel etc. Keine Erklärung kann jedoch einen kausalen Zusammenhang herstellen. Gerade das Argument, dass die Partizipation der Bürger von risikoreicher Außenpolitik abhalten würde, ist zweifelhaft, wenn man etwa an die chauvinistischen Stimmungen in der Bevölkerung vor dem Ersten Weltkrieg denkt. Keine Klarheit gibt es auch über die Definition von Demokratie. War Deutschland vor 1914 weniger Demokratie als England oder Frankreich? Entsprachen beim Krieg zwischen England und Amerika 1812 die Kriegsparteien noch nicht den Vorstellungen von Demokratie? Warum nicht? War Amerika beim Bürgerkrieg noch keine Demokratie? Trotz dieser offenen Fragen gilt die These vom Zusammenhang zwischen Frieden und Demokratie als eines der am empirisch am besten abgesicherten Ergebnisse in den internationalen Beziehungen.

Dieter Senghaas (1994) nimmt zur Kenntnis, dass es schwer ist, kausale Beziehungen zwischen Demokratie und Frieden herzustellen. Er führt daher eine Reihe anderer Elemente ein, deren Zusammenhang mit Frieden zwar auch nicht herstellbar ist, aber alle zusammen doch – wie ein Breitbandantibiotikum – wirksam sind. Es sind: Gewaltmonopol des Staates, Verfassungsstaat, Interdependenz und Affektkontrolle, demokratische Beteiligung, soziale Gerechtigkeit, konstruktive politische Konfliktkultur. Diese sechs Bausteine fügen sich zu einem „**zivilisatorischen Hexagon**“ zusammen. Senghaas überträgt dann das zivilisatorische Hexagon von der staatlichen-innergesellschaftlichen auf die internationale Ebene. Diese kann entweder als Summe von Zivilgesellschaften oder als eine einzige Weltzivilgesellschaft begriffen werden. Senghaas geht von der Realität von durch dichte Interdependenzgeflechte verbundene Einzelstaaten aus, die in einer „pluralistischen Sicherheitsgemeinschaft“ münden. Die Demokratie und Frieden These sei lediglich eine „plausible Vermutung.“ Deshalb sei eine Kombination der verschiedenen Komponenten des Hexagons von großer Bedeutung. Ebenso wie Senghaas geht die These der „Friedenszonen“ („*Zones of Peace*“) davon aus, dass die innere Verfasstheit von Staaten ganz entscheidend für das Außenverhalten von Staaten ist. Auch sie nimmt an, dass nicht nur Demokratie eine wichtige unabhängige Variable für Frieden ist, sondern auch wirtschaftliche und soziale Faktoren.

Gelungene Zivilisierung bedeutet für Senghaas Frieden. Der Begriff des „**OECD-Friedens**“ ist Ausdruck eines **internationalen Zivilisierungsprozesses**, in dem die Kombination von Marktgesellschaft und demokratischer Verfassungsstaat die Voraussetzung für andere als gewaltsame oder gewaltträchtige Formen des Umgangs mit Konflikten im internationalen System schaffe. Die Gesellschaften dieser Staaten sind demokratische Rechtsstaaten, marktwirtschaftlich organisiert und enthalten mehr oder weniger sozialstaatliche Komponenten. Die Chancen für einen dauerhaften Frieden innerhalb des OECD-Bereiches seien deshalb günstig, weil weitgehend symmetrische Interdependenzbeziehungen, politisch regulierende Instanzen, deckungsgleiche Wirtschaftsprofile und fortgeschrittene Infrastrukturen, demokratische Legitimation, politische Stabilität und Rechtssicherheit bestünden (Rittberger 1990, Senghaas 1994).

Der **Konstruktivismus** von Alexander Wendt (1999) leugnet den Egoismus von Staaten und die Existenz einer internationalen Anarchie der Staatenwelt nicht. Es kommt jedoch darauf an, wie die Interaktion zwischen den Staaten sozial gestaltet ist. Die Beziehungen zwischen den Staaten können daher transformiert werden. „Anarchie ist das, was die Staaten daraus machen.“ Daher gibt es auch unterschiedliche Grade der Kooperation. In der Hobbschen Kultur betrachten sich die Staaten noch als *Feinde*, die keine Grenzen der Gewaltanwendung kennen. In der Lockschen Kultur anerkennen sich die Staaten einander, sind zwar *Rivalen*, verzichten jedoch darauf, sich gegenseitig zu eliminieren. In der Kantschen Kultur entwickeln sich Staaten zu *Freunden*, die gemeinsam Friedensstrategien entwickeln. In jeder dieser Kulturen gibt es nach Wendt noch unterschiedliche Grade der Internalisierung der Kultur.

Substaatliche Ebene

Seit 1945, insbesondere seit den 70er Jahren gibt es eine neue Entwicklung. Innerstaatliche Kriege haben die zwischenstaatlichen Kriege abgelöst. Gegen Ende des letzten Jahrhunderts war dieser Kriegstyp eindeutig vorherrschend. Es sind nicht mehr die Staaten, die sich durch Kriege bedrohen, sondern es sind die Staaten selbst, die durch innere Instabilitäten bedroht sind. Nicht der Staat führt Krieg, sondern er ist durch Krieg bedroht. Die hauptsächlichen Bedrohungen der Sicherheit von Staaten kommen nicht von außen, sondern von der innerstaatlichen Anarchie. Die Stabilität eines Staates kann durch verschiedene Bedrohungen gefährdet werden (Nötigung, Umsturz, Sezession und andere Destabilisierungsversuche).

Die Stärke von Staaten wird somit Voraussetzung für Frieden. Stark bedeutet nicht autoritär. Im Gegenteil, für Joel Migdal (1988), Barry Buzan (1988) und Kalevi Holsti (1995) ist die Stärke eines Staates Ausdruck von Demokratie, sozialer und politischer Kohäsion, erfolgreicher Integration sozialer und ethnischer Minderheiten, sozialer Wohlfahrt, internationaler Anerkennung von Grenzen, ziviler Kontrolle des Militärs etc., wenn ein ausgewogenes Verhältnis zur Gesellschaft besteht. Kriege innerhalb von Staaten, im Gegensatz zu Kriegen zwischen Staaten, stellen nunmehr die größte Bedrohung für die internationale Stabilität dar. Diese Tatsache, so meint Holsti, bedeutet, dass der größte Teil unseres Denkens wie mit dem Problem des Krieges umzugehen ist, irrelevant geworden ist. Holsti benennt diese Kriege als „*wars of the third kind*“, um diese von den Kriegen des 18. Jahrhunderts und den „totalen Kriegen“ der ersten Hälfte dieses Jahrhunderts zu unterscheiden. „*Wars of the third kind*“ sind gewöhnlich langandauernde Abnutzungskriege aus einem Gemisch von Guerillataktiken und Terrorismus. In diesen wird die Unterscheidung zwischen Kombattanten und Nichtkombattanten verwischt, Gemeinschaften zerstört, großes menschliches Leid verursacht, Flüchtlingsströme in Bewegung gesetzt und unvereinbare Differenzen verschlimmert. Sie werden nicht wegen Territorien ausgefochten, sondern um Unabhängigkeit und Beziehungen zwischen Gemeinschaften innerhalb von Staaten. Holsti nimmt an, dass solche Kriege in schwachen Staaten auch weiterhin existieren werden: Die meisten jüngst entstandenen Staaten sind schwache Staaten, da sie sich aus solchen Kriegen gebildet haben. Holstis Lösung für dieses Problem ist die Etablierung starker Staaten mit gefestigten inneren Strukturen. Er setzt die innere staatliche Stärke mit der Fähigkeit, innenpolitische Legitimität zu erlangen, gleich.

Eine entscheidende Frage ist, was geschieht, wenn die Globalisierung zu einem weiteren Verfall des Staates führt. Hedley Bull spricht von der Möglichkeit eines „neumittelalterlichen“ (*neo-medieval*) internationalen Systems, das an die Stelle des Westfälischen Staatensystems tritt. Dieses System ist durch „*overlapping authorities and multiple*

loyalties“ charakterisiert. In einem solchen System, so nimmt Bull an, würden Staaten ihre Autorität mit anderen Zusammenschlüssen („*other authorities*“) teilen. Für Bull tendiert eine solche „*neo-medieval order*“ dazu, weniger stabil zu sein, als das bestehende Staatensystem. Das Gewaltmonopol des Staates würde aufgelöst, Gewalt privatisiert werden.

Schlussfolgerungen

Systemische Kriege zur Herstellung eines Mächtegleichgewichts oder zur Ablösung der amerikanischen Hegemonie sind in den nächsten Jahrzehnten nicht zu erwarten. Kritiker der amerikanischen Hegemonialposition mögen das bedauern, für den systemischen Frieden ist das positiv. Gleichzeitig aber versuchen die USA, ihre Position abzusichern und langfristig keine Rivalen aufkommen zu lassen. Das kann zu einer riskanten Außenpolitik, wie etwa gegenüber China, oder Aufrüstungsprozessen (z.B. Raketenabwehrschild) führen.

Der Staat an sich ist nicht (mehr) Quelle von Unfrieden und Gewalt. Im Gegenteil die Logik „Staat und Krieg“ (Krippendorff, 1985) hat sich umgekehrt in „Staat und Frieden.“ Für die pluralistischen Sicherheitsgemeinschaften, die Demokratie und Frieden These und das Zivilisierungsmodell ist der Staat die zentrale Einheit des Friedensprozesses. Staaten haben eine pazifizierende Wirkung. Das belegen auch die Daten der empirischen Kriegsursachenforschung. Die Anzahl der Staaten korrelieren nicht mit der Anzahl der Kriege. Im Gegenteil: Gab es zu Beginn des 19. Jahrhunderts 30 Staaten und 400 Staatenpaare (Dyaden) und 164 Kriege, so waren es im 20. Jahrhundert bei 190 Staaten und ca. 18.000 Dyaden nur 120 Kriege. Gegen Ende des Jahrhunderts gab es kaum noch Kriege zwischen Staaten, sondern fast nur mehr Kriege innerhalb von Staaten. Letztere können nur durch die Etablierung starker Staaten mit gefestigten inneren demokratischen Strukturen verhindert werden. Legitimes Gewaltmonopol, Rechtsstaat, Demokratie, funktionierende Verwaltung, Wohlstand und soziale Gerechtigkeit sind Voraussetzungen für den inneren Frieden.

Literatur:

Bull, Hedley, *The Anarchical Society: A Study of Order in World Politics*, London 1977, 254-255, 244-276.

Buzan, Barry, *The Concept of National Security for Developing Countries*, in: Ayoub Mohammed/Samudavanija Chai-Anan (Hg.), *Leadership Perceptions and National Security*, Singapore 1988, 12-28.

Clausewitz, Carl von, *Vom Kriege*, Berlin 1999 (Originalausgabe 1833).

Czempiel, Ernst-Otto, *Friedensstrategien: Eine systematische Darstellung außenpolitischer Theorien von Machiavelli bis Madariaga*, Opladen/Wiesbaden 1998.

Deutsch, Karl W., *Die Analyse internationaler Beziehungen*, Frankfurt/M. 1968.

Holsti, Kalevi J., *The State, War, and the State of War*, Cambridge 1996.

Kennedy, Paul, *The Rise and Fall of the Great Powers. Economic Change and Military Conflict from 1500 to 2000*, New York 1987.

- Kissinger, Henry A., Nato – The next thirty years ,Remarks at Palais d’Egmont, Brussels, Belgium (The Center for Strategic & International Studies – CSIS, Georgetown University, Washington D.C.) 1979.
- Kissinger, Henry A., Memoiren, Band I (1968-1970), München 1981 (Originalausgabe 1979).
- Kissinger, Henry A., Das Atlantische Bündnis und seine Probleme (Vortrag in Palais d’Egmont, Brussels, Belgium (The Center for Strategic & International Studies – CSIS, Georgetown University, Washington D.C.), 13. Jänner 1984, in: *Kissinger, Henry A., Weltpolitik für Morgen, Reen und Aufsätze*, München 1986, 211-238.
- Kissinger, Henry A., Does America Need a Foreign Policy? Toward a Diplomacy for the 21st Century, New York 2001.
- Krauthammer, Charles, The Unipolar Moment, in: *Foreign Affairs* Vol. 70, 1990/91, 23-33.
- Krauthammer, Charles, The Bush Doctrine: ABM, Kyoto, and the New American Unilateralism, *The Weekly Standard*, June 4, 2001.
- Krippendorff, Ekkehart, Staat und Krieg, Die historische Logik politischer Unvernunft, Frankfurt/Main 1985.
- Mearsheimer, John J., Back to the Future. Instability in Europe After the Cold War, in: *International Security*, Vol. 15, No. 1, Summer, 1990, 5-56.
- Migdal, Joel, Strong States and Weak Societies: State-Society Relations and State Capabilities in the Third World, Princeton 1988.
- Rittberger, Volker, Editorisches Vorwort, in: Volker Rittberger (Hg.), *Theorien der Internationalen Beziehungen. Bestandsaufnahmen und Forschungsperspektiven*, Opladen 1990, 7-16.
- Senghaas, Dieter, *Wohin driftet die Welt?* Frankfurt 1994, 17-49.
- Russett, Bruce, *Grasping the Democratic Peace: Principles for a Post-Cold War World*, Princeton, 1993.
- Wendt, Alexander, *Social Theory of International Politics*, Cambridge 1999.